

# «Das Potenzial gilt es zu nutzen»

Schwangerschaft soll endlich nicht mehr als «Krankheit» gelten. Die Wirtschaftskammer Liechtenstein möchte, dass das Taggeld bei der Mutterschaft nicht mehr die Krankenkasse, sondern die Familienausgleichskasse zahlt und reicht eine Initiative «Familie und Beruf» ein.

JANINE KÖPFLI

**SCHAAN.** Die Wirtschaftskammer Liechtenstein hat es spannend gemacht. Bereits im November kündete sie eine Gesetzesinitiative an, gab aber noch keine Details zum Inhalt bekannt. Im Rahmen des gestrigen Medienapéros liess sie die Katze aus dem Sack und informierte, wie sie mit den Themen Taggeldversicherung bei der Mutterschaft und Kita-Förderung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranbringen möchte.

Besonders das Thema Krankentaggeld bei der Mutterschaft beschäftigt die Wirtschaftskammer schon länger. Gerade für ganz kleine Unternehmen sei es ein mitunter sehr grosser finanzieller Aufwand, wenn eine oder zwei Mitarbeiterinnen im Jahr schwanger werden, da sich dadurch die Prämien für die Taggeldversicherung erhöhen. Unter Umständen so stark, dass das Unternehmen dies finanziell nicht stemmen kann und saniert werden muss, sagte Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer.

## Kita-Förderung geplant

Ursprünglich wollte die Regierung im Rahmen der KVG-Revision dieses Thema ändern. Aus für die Wirtschaftskammer nicht nachvollziehbaren Gründen war das Thema aber vom Tisch, noch bevor die Vorlage dem Landtag

vorgelegt wurde, erklärte Jürgen Nigg, warum die Wirtschaftskammer mit einer Initiative Abhilfe schaffen möchte.

Ziel der Initiative ist es, dass in Zukunft der Entschädigungsanspruch von 20 Wochen Mutterschaftsurlaub von der Familienausgleichskasse, FAK, entrichtet wird.

Ausserdem soll mit der gleichen Initiative auch die Kita-Förderung im Gesetz festgeschrieben werden. Ähnlich wie die Regierung möchte auch die Wirtschaftskammer einen Teil der Finanzierung der Kitas, Mittagstische und Tagesstrukturen über die FAK laufen lassen. Dies soll aber nicht, wie von der Regierung geplant, in einer Verordnung, sondern im Familienzulagengesetz festgeschrieben werden. Auch möchte die Wirtschaftskammer nicht Prozentsätze, sondern feste Frankenbeträge im Gesetz festlegen. Das heisst, die Tagessätze pro Betreuungsort für die Kindertagesstätten sollen bei 20 Franken, jene für die Tagesstrukturen bei 6 Franken und jene für Mittagstische bei 2 Franken liegen.

## Finanzierung kein Problem

Jürgen Nigg ist überzeugt, dass die Finanzierung kein Problem sei, auch wenn sich die Zahl der Kita-Plätze im Land erhöht. Er geht davon aus, dass es auch mehr Arbeitsplätze geben wird und damit werden umso



Bild: Daniel Ospelt

Geschäftsführer Jürgen Nigg erklärt, wie die Wirtschaftskammer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen möchte.

mehr Beiträge von den Arbeitgebern in die FAK einbezahlt.

Er betonte, dass die Arbeitgeber in die FAK einzahlen – und zwar nur diese. Es sei daher nur logisch, dass die Überschüsse der FAK auch wieder der Wirtschaft und damit den Arbeitgebern zugute kommen. «Wir wollen nicht zusehen, wie noch mehr Geld angespart wird», sagte Jürgen Nigg und erläuterte die finanziellen Auswirkungen der Initiative. Das Mutterschaftsgeld belaufe sich auf ca. 6,5 Millionen Franken jährlich, dazu

komme der Unterstützungsbeitrag der Kitas, der von der Regierung mit ca. 1,5 Millionen Franken beziffert wird. Der durchschnittliche Überschuss der FAK-Rechnung beträgt 9,5 Millionen Franken – «die 8 Millionen können damit gut bezahlt werden, ohne einen Abbau der Reserven», so Nigg.

## Was viele nicht wissen

Die Staatskasse werde ebenfalls nicht belastet. Vielen sei nicht bewusst, dass die FAK-Beiträge ausschliesslich von den

Arbeitgebern kommen. Die FAK zahlt die bestehenden Zulagen wie Kinderzulagen, Geburtszulagen und Alleinerziehendenzulagen – einkommensunabhängig und ganz egal, ob jemand erwerbstätig ist oder nicht. Auch werde das Geld bereits heute exportiert. An den bestehenden Zulagen wird sich auch nichts ändern.

## Riesenpotenzial: Die Frauen

Vor allem für die Arbeitgeber hätte die Annahme der Initiative positive Auswirkungen. Jürgen

Nigg rechnete vor, dass sich die Prämien durch den Wegfall der Mutterschaftsgelder bis zu 15 Prozent reduzieren könnten. Auch unternehmenseigene Kitas würden in den Genuss von Unterstützungsbeiträgen kommen. Generell könnte sich die Wirtschaft freuen, denn: «Wir haben ein Riesenpotenzial im Land. Die Frauen! Wir müssen sie nur ins Erwerbsleben zurückholen», betonte Jürgen Nigg. Mit der Gesetzesänderung könnte der Wiedereinstieg in die Berufswelt erleichtert werden, vor allem weil genügend Kita-Plätze vorhanden wären. Und dass die Schwangerschaft nicht mehr länger als Krankheit angesehen würde, wäre für alle eine «coole Sache», meinte Nigg voller Euphorie. Arbeitgeber, Frauen – alle fühlten sich besser.

## Unterschriften sind kein Problem

Im Februar möchte die Wirtschaftskammer die Initiative zur Vorprüfung bei der Regierung einreichen. Im März prüft sie der Landtag. Danach startet die sechswöchige Unterschriftensammlung. Die Wirtschaftskammer ist guter Dinge, die 1000 Unterschriften problemlos zusammenzubringen. Vermutlich im Juni könnte das Initiativbegehren im Landtag behandelt werden. Sollte der Landtag nicht zustimmen, käme es innerhalb von drei Monaten zu einer Volksabstimmung.